

Die Leute lernen Noten

Brecht notierte 1954: „Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wähler frei seine Unfreiheit wählen zu lassen, indem man ihm das Wissen um seine Lage vorenthält. Das, was jemand braucht, um seinen Weg wählen zu können, ist Wissen. Was kommt dabei heraus, wenn man einen Mann, der weder Notenlesen noch Klavierspielen lernen durfte, vor ein Klavier stellt und ihm die freie Wahl über die Tasten lässt?“

Nach den Ereignissen der letzten Wochen könnte man auch sagen: „Viele Leute lernen momentan Noten!“

Es ist gut, wenn man alles tut, um den Klimawandel zu stoppen.

Es ist noch besser, wenn man begreift: Es ist das kapitalistische System, das die Welt an den Abgrund bringt - mit Ungerechtigkeit, Kriegen, Klimawandel. Also müssen viele Leute auch noch lernen, wie wir dieses System überwinden. Einfach wird es nicht.

In Rüsselsheim gingen Schüler auf die Straße. Die örtliche CDU wollte Kontakt: „Die ersten 50 Anmeldungen erhalten ein alkoholfreies Getränk umsonst“, schreibt sie.

Der SPD-Vorsitzende in unserer Stadt Baldur Schmitt war auch sehr erschrocken und mosert über den Juso-Genossen Kevin Kühnert (s. S. 6). So wird es nicht gehen.

Es muss gehandelt werden. Nicht nur, wenn es um das Klima geht.

Wann, wenn nicht jetzt:
Wo man schon wieder offen über einen neuen Krieg spricht!

Wann, wenn nicht jetzt:
Für eine Gesellschaft, in der ein Zugang zur Bildung nicht von der Herkunft abhängig ist!

Wann, wenn nicht jetzt:
Für eine Gesellschaft, in der die Menschen nicht im Mittelmeer ertrinken!

Wann, wenn nicht jetzt:
Für eine Gesellschaft, in der niemand wegen Miterhöhung aus seinem Zuhause vertrieben wird!

Wann, wenn nicht jetzt:
Für eine Gesellschaft, in der man nicht schon wieder Faschisten hoffähig macht.

Aktiv werden wird wichtiger!

Es geht wieder mal um Öl und andere Profitquellen

Wieder mal liegt Krieg in der Luft. Schuld sind ja nicht nur Trump & Co. Reden wir vom Kapitalismus. Auch die Deutsche Bank verdient Geld mit Krieg. Krieg ist eine Gelddruckmaschine – für Waffenhersteller wie für Finanzinstitute. Entsprechend pumpen europäische Banken und Investoren seit Jahren hohe Geldsummen in Waffenhersteller, die den Nahen und Mittleren Osten massiv aufrüsten und insbesondere den Krieg im Jemen befeuern – ganz vorne mit dabei: die Deutsche Bank und die Commerzbank. Wir werden darüber berichten. (Siehe auch: www.facing-finance.org/de).

Ab und zu sollte man sich schon die Zahlen ansehen, um die es hier geht: Die Rüstungsausgaben der USA waren 2017 zehn mal höher als die Russlands - sie betragen 602,8 Mrd. Dollar (Russland 61,2 Mrd.) Die USA fordern von ihren europäischen Partnern eine Erhöhung um weitere 100 Milliarden. Obwohl auch die europäischen NATO-Staaten rund vier mal mehr für Militär ausgeben als Russland. Insgesamt liegt die Überlegenheit aller NATO-Staaten gegenüber Russland, gemessen an ihren Militärhaushalten, bei 14:1.

Die Rüstungsausgaben Saudi-Arabiens waren 2017 fast fünfmal höher als die des Irans. Die saudischen Rüstungsausgaben betragen 76,7 Mrd. Dollar, die israelischen 21,6 Mrd., die iranischen 16 Mrd. Dollar. Noch Fragen?

Quelle der Zahlen: International Institute for Strategic Studies, (IISS), London



SCHON WIEDER KRIEGSGEFAHR

Aufruf zum Antikriegstag 2019 in Frankfurt am Main

Abrüsten statt Aufrüsten – Zukunft statt Zerstörung

Demonstration und Kundgebungen zum Antikriegstag am 1. September 2019 um 14 Uhr ab Konstablerwache

Wir gehen in Frankfurt auf die Straße: zum achtzigsten Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges, der am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begann. Wir schaffen Öffentlichkeit: um die militärische Aufrüstung zu stoppen, um Platz für Menschlichkeit und Vernunft einzufordern. Mit Kundgebungen an der Konstablerwache, dem Opferdenkmal in der Gallusanlage und vor den Büros der Parteien der Großen Koalition: diese tragen die Mitverantwortung für die aktuellen Waffenexporte und Rüstungsausgaben!

Wir wollen Frieden durch Abrüstung, die Beendigung der Naturzerstörung und die Durchsetzung der Menschenrechte in Deutschland, Europa und weltweit! Jede Form von

Rassismus und Ausgrenzung lehnen wir ab. Gegen die anwachsende Atomkriegsgefahr fordern wir ein Atomwaffenverbot. Die menschenverachtende Abschottung Europas gegen Kriegsflüchtlinge muss ebenso beendet werden, wie der Export von Waffen und anderen Rüstungsgütern in Krisenregionen oder an Staaten, die Menschenrechte verletzen oder Krieg führen. Unser Nein zu diesen Rüstungsexporten und zu völkerrechtswidrigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr verstehen wir als Schritte zur friedlichen Konfliktlösung.

Das von den NATO-Staaten beschlossene Zwei-Prozent-Ziel würde für Deutschland fast eine Verdoppelung des Verteidigungshaushaltes bedeu-

ten! Entsprechende Planungen der Bundesregierung sind unverantwortlich! Diese Gelder fehlen im zivilen Bereich u.a. bei sozialökologischem Umbau, Schulen und Kitas, Krankenhäusern, sozialem Wohnungsbau, öffentlichem Nahverkehr und Alterssicherung, aber auch bei der Schaffung von zivilen Perspektiven in Konfliktregionen.

Abrüstung statt Aufrüstung ist das Gebot der Stunde. Militär löst keine Probleme: Schluss damit! Eine menschenwürdige Politik muss her!

Brandgefährlich

Während wir diese Zeilen schreiben wird offen über einen Krieg gegen Iran gesprochen. Erst kam die Aufkündigung des Iran-Atomabkommens durch die Trump-Regierung. Dann hat sie mit einem Flugzeugträger und B52-Langstreckenbomben unweit der Küste des Landes eine gemeinsame Übung veranstaltet. Das Training habe das Ziel verfolgt, „operative Taktiken“ in Kriegsgebieten zu verbessern, teilte das Kommando der 5. Flotte der US-Kriegsmarine in Bahrain mit. An der Übung waren auch Jets und Hubschrauber des Flugzeugträgers „USS Abraham Lincoln“ beteiligt. Die USA begründeten dies mit „Hinweisen“ darauf, dass der Iran „Angriffe auf US-Truppen“ unternehmen könne. Wieder sind dieselben Kriegstreiber am Werk, die bereits mit Lügen den völkerrechtswidrigen Irakkrieg vorangetrieben haben. Die Eskalationslogik folgt dem schon bekannten

Muster von Anschuldigungen ohne Beweise oder Anschuldigungen unter Berufung auf „Geheimdienstinformationen“, die sich dann nicht weiter belegen lassen.

Die Bundesregierung bleibt in dieser Frage viel zu defensiv. Ein Krieg oder militärischer Angriff gegen den Iran wäre eine ungeheure Zuspitzung.

Es geht wieder einmal um Öl und um Einfluss in der Region. Die Rüstungsprofite steigen, wenn Menschen elendig verrecken.

Wir brauchen keine Regime-Change-Politik. Die Bundesregierung taktiert und weicht vor Trump zurück, anstatt sich aktiv für die Einhaltung des Völkerrechts durch alle Staaten einzusetzen.

Die Androhung militärischer Gewalt durch die USA muss klar und deutlich verurteilt werden, denn dies ist bereits eine Verletzung der UN-Charta.



POST

Ein Leser unserer Zeitung schrieb:

Trumps Friedensbegriff

Als ich kürzlich zufällig auf den unverwechselbaren rötlich gefärbten Blondi traf, bat ich ihn um ein Interview.

Herr Trump, wie schreiben Sie das Wort „Frieden“ in Deutsch?

Oh, eine leichte Frage, antwortete er:

„F“ wie Feind,
„R“ wie Rüstung,
„I“ wie Intervention
„E“ wie Elend,
„D“ wie Drohnen, noch mal
„E“ wie Elend, und
„N“ wie No!

und wie schreiben Sie Frieden in Englisch, legte ich nach?

Hey, das ist doch für mich noch einfacher:

„P“ wie panzer,
„E“ wie embargo,
„A“ wie aggression,
„C“ wie cowboy und
„E“ wie end the world“.

Danke, so deutlich war noch kein US-Präsident vor Ihnen.

Manfred Wild, Juni 2019

„Wohnen in Mörfelden-Walldorf“ und was man im Rathaus darüber denkt

Die DKP/LL-Fraktion hatte zum Thema einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt.

Im Bauausschuss gab es dazu eine rege Debatte. Unsere Meinung zum Thema folgt hier stark gekürzt. (Die Magistrats-Antwort und weitere Infos gibt es auf www.dkp-mw.de)

Die vorliegenden Antworten sagen einiges aus über die momentan vorherrschenden Denkweisen im Rathaus.

Die Gründe für den heutigen Druck auf dem Wohnungs“markt“ werden nicht beleuchtet.

Es gibt keine politische Betrachtung unserer Situation am Rande der Großstadt. Dafür Hilflosigkeit und Resignation statt Gestaltungswille.

Wir fragten: Gibt es zurzeit planerisch eine maximale Einwohnerzahl für Mörfelden-Walldorf oder wo soll die in Zukunft liegen?

Eine Stadt mit 40.000 Einwohnern
Aus dem Rathaus u.a.: Bis 2030 ... gehen wir derzeit von maximal 40.000 Einwohnern aus.

Wir fragten: In welchem Umfang ist eine innerstädtische Verdichtung noch möglich und welche Infrastrukturmaßnahmen sind ggf. zu erwarten?

Aus dem Rathaus u.a.: Die Möglichkeiten für eine nennenswerte innerstädtische Verdichtung sind mittlerweile sehr begrenzt. Sollten sich die innerstädtischen Verdichtungen über das ganze Stadtgebiet verteilen, hätte dies aus unserer Sicht keinen wesentlichen Einfluss auf die vorhandene Infrastruktur. Wenn sich die Verdichtung allerdings auf einen eng begrenzten Stadtbereich konzentriert, hätte dies natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die infrastrukturelle Situation – Kitaplätze, Verkehr – worauf zu reagieren wäre.

Wir fragten: Gibt es eine genaue Kartierung von unbebauten Grundstücken?
Aus dem Rathaus u.a.: Mörfelden-Walldorf hat Ende 2015 damit begonnen, die

im Stadtgebiet (Wohn- und Mischgebiete) vorhandenen Baulücken sowie die geringfügig genutzten Grundstücke systematisch auszuwerten .

Die Investoren bezahlen höhere Preise

Wir fragten: Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, innerhalb der geschlossenen Ortschaften weitere Flächen zu erwerben, die für eine Wohnbebauung geeignet sind?

Aus dem Rathaus u.a.: Diese Möglichkeit besteht natürlich grundsätzlich, allerdings sind für eine nennenswerte Bodenbevorratung die im Haushalt eingestellten Finanzmittel nicht ausreichend und daher in der Praxis keine wirksame Option. Darüber hinaus befindet sich die Stadt bei solchen Flächen im Wettbewerb mit Investoren, die zurzeit deutlich höhere Preise zahlen, als es die Bodenrichtwerte hergeben.

Resignation statt Gestaltungswille

Wir fragten: Es heißt, die Stadt besitze im direkten Umfeld des „Waldenserhofs“ weitere Immobilien mit einer Fläche von rund 4.100 qm. Wann ist mit einer Bürgerbeteiligung zu Plänen für diese Fläche zu rechnen? Ist daran gedacht, bei neuen Planungen im „Stadtkern“ von Walldorf das Haus Langstraße 37 (Reiß-Haus) einzuschließen?

Aus dem Rathaus u.a.: ... die Stadt ist im Waldenserhof-Areal Eigentümerin von 4.121 qm.

Die „Waldenser Mitte“ ist als Projekt des Förderprogramms „Aktive Kernbereiche“ intensiv betrachtet worden. und die Abteilung Stadtplanung würde an dieser Stelle perspektivisch gerne einen Konzept- und Ideenwettbewerb durchführen. Dies ist allerdings erst dann sinnvoll, wenn die derzeitigen Nutzungen des Waldenserhofs in andere Gebäude überführt worden sind. In den bisherigen Überlegungen zur „Waldenser Mitte“ im unmittelbaren Umkreis von Waldenserhofsaal und Waldenserhof-Gaststätte wurde das Haus Langstraße 37 nicht einbezogen.

Wir fragten: Wie viele Gebäude in den Gewerbegebieten und im Industriegebiet stehen z.T. seit Jahren leer und sind/werden wahrscheinlich „abgeschrieben“?

Aus dem Rathaus u.a.: Eine Übersicht über alle Leerstände existiert nicht.

Grundsätzlich nicht möglich?

Wir fragten: Sind „Umwidmungen“ möglich und welche dahingehenden Gespräche dazu hat die Verwaltung über welche Liegenschaften geführt?

Aus dem Rathaus u.a.: Umwidmungen von Gewerbe- oder Industrieflächen in Wohnflächen sind grundsätzlich nicht möglich (Ausnahme: Betriebswohnungen).

„Verwaltung hat keinen Einfluss“

Wir fragten: Wie nimmt die Verwaltung Einfluss auf örtliche Investoren, damit weniger Eigentumswohnungen und mehr Sozialwohnungen entstehen?

Aus dem Rathaus u.a.: Die Verwaltung hat keinen Einfluss auf Investoren, die ihre Projekte üblicherweise an den Renditeaussichten ausrichten.

Auf dem „freien Markt“ aber sind 10.000 pro Wohnung als Anreiz viel zu wenig, um einen Investor zu „überzeugen“, Sozial- statt Eigentumswohnungen zu bauen.

„Keine Denkverbote“

Wir fragten: Inwieweit wird in der Verwaltung der Griff nach den Freiflächen zwischen Mörfelden und Walldorf vorbereitet und befördert?

Aus dem Rathaus u.a.: Beim Nachdenken über Lösungsmöglichkeiten zur Deckung der Wohnraumbedarfe sollte es erst mal keine Denkverbote geben. Gleichwohl wird es wegen der Siedlungsbeschränkungen und der Flora-Fauna-Habitate - zwischen Mörfelden und Walldorf keine zusätzlichen Wohnbauflächen westlich der Bahn geben.

Wichtig bleibt:

**Bezahlbare Miete
statt fatter
Rendite!**



Ihr habt Fragen zur
Sozialistischen Deutschen
Arbeiterjugend?
Ihr wollt aktiv werden?

Schreibt uns doch mal:
[facebook.com/DKPLinkeListe](https://www.facebook.com/DKPLinkeListe)



Jugendfestival in Köln: Zeit für Widerstand

Nicht-kommerzielle Gegenkultur statt teurer Mainstream-Musik: In Köln gab es das „Festival der Jugend“, eines der größten linken Jugendfestivals in Deutschland. Es kamen 2000 BesucherInnen in den Jugendpark am Rhein, ein großer Teil davon blieb als Dauergäste auf dem Campinggelände.

Was das Motto „Zeit für Widerstand“ bedeutet, zeigte sich am Sonntag, als der Musiker Kutlu von Microphone Mafia ein Lied den Opfern des NSU-Nagelbombenanschlags in der Keupstraße widmete, der sich an diesem Tag zum 15. Mal jährte. Auch deutlich wurde dies, als das Publikum zum Abschluss mit einem Transparent seine Solidarität mit Venezuela bekundete. Die Botschaft heißt: „Hoch die internationale Solidarität!“ und „Niemand wird vergessen!“

Das Besondere am Festival der Jugend ist, dass es ehrenamtlich und völlig unabhängig von Konzern-Sponsoring auf die Beine gestellt

wurde, aber trotzdem ein attraktives Programm zu günstigen Preisen anbietet. Mit vielen SpenderInnen, einer Crowdfunding-Kampagne und über 50 unterstützenden Organisationen konnte das ambitionierte Vorhaben realisiert werden.

Zu der Arbeit, die hinter dem Festival steckt, erklärte Lena Kreymann, Bundesvorsitzende der SDAJ: „Wir haben es geschafft, ein Fest auf die Beine zu stellen, das einem kommerziellen



Festival in nichts nachsteht, sondern mit Auftrittsmöglichkeiten für kleine Bands, politischen Debatten und einem umfassenden Workshop-Programm noch viel mehr zu bieten hat. Unser Orga-Team besteht zu einem Großteil aus SDAJ-

Mitgliedern, die sich überall eingebracht haben.

Die meisten Teilnehmenden haben auf dem Festival ihren Beitrag geleistet – sei es durch Getränkeverkauf, Aufräumen oder technischen Support.“

Auch unterstützende Organisationen haben sich aktiv eingebracht und vor Ort teilgenommen. Auch mit dem Programm sind die OrganisatorInnen sehr zufrieden. Lara Turek, die Leiterin des Orga-Teams, resümiert: »Von Kleinkunstprogramm bis zu einem Auftritt von DJ Craft (ehemals KIZ), von praktischen Workshops bis zu großen Podiumsdiskussionen war alles dabei. Alles in allem hatten wir mehr als 60 Programmpunkte. Da war für jeden was dabei – Debatten über Tarifaussinandersetzungen, Feminismus heute oder die Europäische Union, Selbstverteidigungskurse uvm.



Die Verabschiedung

Abschiedsfeier für den scheidenden Bürgermeister. Man hatte alle eingeladen. Kirchen, Parteien, Vereine. Der große Bürgerhaussaal voll besetzt. Der Saal abgedunkelt, die Luft wurde langsam heiß und stickig. Viele Leute blieben trotzdem. Es gab einen Sektempfang und einen Imbiss.

Eine Ära geht zu Ende meinte der SPD-Vorsitzende Baldur Schmitt.

Jeder kann reden, stand auf der Einladung. Viele wollten ans Mikrofon. Das ging nicht, fast dreißig hatten sich gemeldet.

Auf den Tischen eine gedruckte Bilanz.

„12 Jahre Bürgermeister Becker“.

Elf Seiten, eng bedruckt, 266 Punkte.

Ein großes Pensum. Aber auch ein ziemlich normales Pensum.

Bei Bernhard Brehl hätte man da noch mehr aufschreiben können, der war 31 Jahre im Amt! Na ja, vielleicht haben es die Verantwortlichen inzwischen gemerkt: Das war schon wirklich etwas skurril - und ob sie Heinz-Peter Becker damit einen Gefallen getan haben, sei an dieser Stelle in Frage gestellt.

Was könnte man da über einen Opelarbeiter schreiben, wenn er nach 45 Jahren in Rente geht?

. . . außerdem, die amtlichen „Aufschreiber“ hätten auch mal das Gedicht von Brecht vorher lesen können. Sie haben schließlich auch mitgearbeitet an der „Ära“.

BERTOLT BRECHT

Fragen eines lesenden Arbeiters

Wer baute das siebentorige Theben?

In den Büchern stehen die Namen von Königen.

Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

Und das mehrmals zerstörte Babylon

Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern

Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?

Wohin gingen an dem Abend,

wo die Chinesische Mauer fertig war

Die Maurer?

Das große Rom

Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie? Über wen Triumphierten die Cäsaren?

Hatte das vielbesungene Byzanz

Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem

sagenhaften Atlantis

Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang

Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.

Der junge Alexander eroberte Indien.

Er allein?

Cäsar schlug die Gallier.

Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?

Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte

Untergegangen war. Weinte sonst niemand?

Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg.

Wer siegte außer ihm?

Jede Seite ein Sieg.

Wer kochte den Siegeschmaus?

Alle zehn Jahre ein großer Mann.

Wer bezahlte die Spesen?

So viele Berichte.

So viele Fragen.

Gauck will erweiterte Toleranz

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck wirbt mit Blick auf die Ausrichtung der CDU für eine „erweiterte Toleranz in Richtung rechts“. Was versteht Herr Gauck darunter? Als Beispiel führt er Alfred Dregger an, bei dem einst viele Wähler in der Union eine Heimat gefunden hätten.

Er meint jenen Dregger, der als Linken-Hasser galt. Er hatte den Angriffskrieg der Nazis gegen die Sowjetunion als nicht grundsätzlich falsch eingeordnet und den Begriff der „Befreiung“ durch die Alliierten als „einseitig“ markiert. Fakt ist: Gauck, einige in der hiesigen SPD lieben ihn, hat damit die rechte Flanke geöffnet. .

Gefahr von Rechts endlich ernst nehmen!

Nun geht man bei dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke von einem rechtsextremen Hintergrund aus.

Nicht zuletzt die Tatsache, dass in rechten Foren gegen Lübcke gehetzt, gedroht und der Mord offensiv bejubelt wurde, zeigt, wie menschenverachtend und gefährlich die Szene weiterhin ist, wie offensiv sie mit Gewalt umgeht.

Immer wieder sterben Menschen durch rechte Gewalt. Die Gefahr durch rechten Terror ist mit dem Erstarken der politischen Rechten in ganz Europa deutlich gestiegen. Diese Hintergründe gilt es alsbald zu beleuchten

und deutlich ernster zu nehmen, als dies immer wieder geschieht.

Die rechtsextreme Szene und gewaltbereite Strömungen sind in Hessen seit Jahrzehnten fest verwurzelt und immer besser organisiert.

In Hessen gibt es eine ganze Reihe rechtsextremer Gruppierungen, allen voran „Combat 18“ („Kampftruppe Adolf Hitler“). Der verhaftete Stephan E. soll vor mehreren Jahren in Kontakt zu der Gruppe gestanden haben.

Auch in unserer Nähe gibt es rechtsradikale Gruppierungen. Ihre Feindbilder sind die gleichen, wie wir sie in der AfD, Pegida und anderen Gruppierungen finden. Die Gefahr von Rechts sollte man auch im Kreis Groß-Gerau ernst nehmen!

Vor 50 Jahren wußten wir noch nicht, wie lange sich die Zeitung halten wird. Andere Parteien haben es nachgemacht, aber sie haben nicht durchgehalten.

Vor den Wahlen verteilten sie mal was, dann war wieder „Feierabend“.

Wir spüren immer mehr, der „blickpunkt“ ist anerkannt! Bei den monatlichen Verteilaktionen kommen wir ins Gespräch mit den Lesern. Eigentlich ist es das Wichtigste überhaupt.

Man kann auch auf unsere Webseite gehen und nachlesen, wie wir uns in frühen Jahren positioniert haben.

So wird das Thema Waldverluste schon im Jahr 1970 aufgegriffen. Dort kann es jeder nachlesen:

www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/1970_02_002.pdf



Oder im Januar 1997:

Die Wirtschaft macht Gewinne - ohne Rücksicht auf Verluste.

Bei der Rüstung kürzen, damit die Kommunen nicht zu kurz kommen!

Die Forderungen sind auch heute wichtig und aktuell.

Wir überlegen natürlich immer - „Wie kann die Stadt in 10 Jahren aussehen?“ Wie sieht das Umland aus? Frisst uns der Flughafen langsam auf? Betonieren wir alles zu?

Es sind immer positive und negative Entwicklungen denkbar.

Wir gehen nicht in die kommunalen Parlamente, um dort ein möglichst reibungsloses Funktionieren des kapitalistischen Systems zu fördern. Unsere Politik richtet sich ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Gleiche Chancen der Persönlichkeitsentfaltung, der gesellschaftlichen Teilhabe und der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen werden wir weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Bürgerinitiativen und vor Ort tätige soziale Bewegungen sehen wir dabei als unsere Partner an.

KOMMUNALES

Mehr Platz für den Radverkehr

Anlässlich der Aktion „Stadtradeln“ und der jüngst veröffentlichten Umfrage im Auftrag des Hessischen Rundfunks, der zufolge sich 73% der Hessen für mehr Radwege aussprechen, auch wenn dies zulasten von Fahrspuren für Autos gehe, hat sich die Stadtverordneten-Fraktion der DKP/Linke Liste erneut mit dem Thema Radverkehr auseinandergesetzt. Dazu erklärte Dietmar Treber: „Die Hr-Umfrage zeigt, dass die Menschen im Land weiter sind als die Politik. Die Umverteilung des öffentlichen Raums in den Städten ist dringend notwendig. Leider sieht die Realität anders aus: Die sinnvollen Radentscheide in mehreren Städten Hessens wurden abgeschmettert und die Schaffung neuer Radwege beschränkt sich weiterhin in der Regel auf das Aufpinseln gefährlicher sogenannter Schutzstreifen. Das wird dem stetig steigenden Radverkehr und den Anforderungen der Klima- und Verkehrswende nicht gerecht. Auch in unserer Doppelstadt gibt es weiteren Bedarf an Radwegen und entsprechender Infrastruktur für

Zweiräder. „Neue, verkehrssichere Radwege, überdachte Parkmöglichkeiten oder abgesenkte Randsteine, in unserer Stadt wären wünschenswert und notwendig. Ebenso der schon lange geforderte Bau von Radwegen nach Darmstadt oder Langen.“ Dringend notwendig wäre eine echte Fahrradinfrastruktur im Rhein-Main-Gebiet aus einem Guss: Baulich von Auto- und Fußverkehr getrennt, in einem sinnvoll zusammenhängenden Netz und mit einer attraktiven, möglichst kreuzungsarmen Wegeführung. Mit gestrichelten Linien auf den Hauptstraßen ist das nicht getan - erst recht nicht, wenn sie immer wieder plötzlich enden oder in gefährliche Kreuzungen münden.

Denn so wird Radfahren in der Stadt nicht für die breite Mehrheit attraktiv, einschließlich Kindern, älteren Menschen oder eher unsicher Rad Fahrenden.

„Wir fordern den zuständigen Minister Tarek Al-Wazir dazu auf, sich mit den Kommunen zusammenzusetzen und die Schaffung von echter Fahrradinfrastruktur zügig umzusetzen. Ebenso erwarten wir genügend finanzielle Mittel durch Land und Bund, damit Städte und Gemeinden diese Aufgaben stemmen können.“

Ach Baldur ...

... das war ja wohl ein Fehlschuss! In einem „Freitags-Anzeiger“-Beitrag wird der hiesige SPD-Vorsitzende Baldur Schmittzitiert:

„Wer allerdings wie Kevin Kühnert der Verstaatlichung der Automobilindustrie das Wort redet, wer so dastraditionellenge Bandzwischen SPD und Gewerkschaften auf die Zerreißprobe stellt und wer aus den Erfahrungen mit der ehemaligen DDR nichts gelernt hat, der kann nach meiner Ansicht noch nicht die SPD an der Spitze vertreten.“

Wenn sich z.B. ein Jäger so schüttelt, wenn das Wort „Verstaatlichung“ fällt, kann ja nur ein Fehlschuss herauskommen.

Es muss begriffen werden:

Die Zukunft der Mobilität darf man den Großaktionären und Obermanagern der Auto-, Öl-, Straßenbau- oder Batteriekonzerne nicht überlassen.

Wenn die SPD wieder Bedeutung erlangen will, muss sie sich auch daran erinnern, was sie einst gefordert hat.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen. Karl Marx

Zahl der Landungen nach 23 Uhr wieder angestiegen

Die Zahl der Nachtflüge steigt wieder. Seit Beginn des Sommerfahrplans gibt es wieder vermehrt Landungen nach 23 Uhr, also nach Beginn des offiziellen Nachtflugverbots.

Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/ Linke erklärt dazu:

„Es ist ein untragbarer Zustand, dass das Nachtflugverbot dauerhaft missachtet und durchlöchert wird. Die Fluggesellschaften müssen endlich dazu gebracht werden, die 23-Uhr-Deadline ernst zu nehmen.“

Die DKP/LL erwartet vom Hess. Verkehrsminister Al-Wazir, dass er das Nachtflugverbot durchsetzt, das den Menschen einst beim Bau der Nordwestlandebahn versprochen wurde. Dem Planfeststellungsbeschluss zufolge sind verspätete Landungen nur dann in der Zeit von 23 bis 24 Uhr zulässig, wenn sie sich nicht schon aus der Flugplangestaltung ergebe. Wer sich aber die Flugpläne und Flugzeug-Umläufe, insbesondere von Billig-Airlines Ryanair anschaut, sehe, dass dies nicht zuverlässig funktionieren könne.

An sich sind acht Stunden für einen gesunden Nachtschlaf notwendig, momentan gibt es faktisch nicht mal sechs.

Außerdem muss die Geschäftspolitik von der Fraport AG endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Der Frankfurter Flughafen braucht keinen Billigflugsteig und nicht noch mehr Dumpingairlines.

Wir teilen die Position der Bürgerinitiativen gegen Flughafenausbau und

für ein achtstündiges Nachtflugverbot, die sich für eine Deckelung der Flugbewegungen aussprechen. Außerdem ist es dringend notwendig, Kurzstreckenflüge auf die Züge umzuleiten.

Traurig aber wahr: Die Grünen sitzen seit mehr als fünf Jahren auf der Regierungsbank, stellen sogar den Verkehrsminister - die Einhaltung des Nachtflugverbots bleibt aber ein Wunschtraum für die Menschen der Rhein-Main-Region.

Wir bedanken uns für Hinweise und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten !

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**

Anmerkungen für die Stadtgeschichte:



Am Mittwoch, 19. Juni 2019, wurde der alte Bürgermeister Heinz Peter Becker verabschiedet. Der neue Bürgermeister ist ab 20. Juli Thomas Winkler.

Wir wünschen beiden für die Zukunft alles Gute.

Die „blickpunkt“-Redaktion

**50 Jahre
blickpunkt**

blickpunkt

**Wir feiern am
10. November 2019
im Bürgerhaus
Mörfelden**

Stadtgeschichten



Ein beeindruckendes Bild von der Heuernte in Mörfelden, etwa Ende der 1940er Jahre. Es zogen Wolken auf und alle, sicher auch Leute von den Nachbarswiesen, mussten mithelfen, damit das Heu noch trocken nach Hause kam. Heu ist das schon im Juni auf den Wiesen gemähte und getrocknete Gras. Der zweite Schnitt der Wiesen, der im Spätsommer erfolgt, wird Grummet (von Grünmahd) genannt. Die Heu- und auch die Grummeternte war für die vielen Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirte, die es in unseren Gemeinden gab, ein wichtiges und arbeitsintensives Ereignis. Das Vieh, selten eine Kuh, aber oft fünf bis sechs Ziegen, schrie jeden Tag nach Futter. Begonnen wurde mit der Heuernte am 24. Juni – vorher durften die Wiesen nicht befahren werden. Danach herrschte auf den umliegenden Wiesen reges Treiben. Die ganze Familie - Großeltern, Eltern und Kinder - war eingespannt. In aller Frühe, wenn noch der Tau auf den Wiesen lag, wurde vom Vater oder vom Großvater das Gras von Hand mit der Sense gemäht, dann mit der Heugabel verteilt („veschnickt“), mehrmals am Tag zum Trocknen mit dem Rechen gewendet und gegen Abend auf Haufen gesetzt. Am nächsten Tag begann die Prozedur aufs Neue, bis dann das Fuhrwerk kommen und für den Heimtransport beladen werden konnte (siehe Foto). Von den neun Personen auf dem Foto ist uns namentlich nur der Mann mit der Gabel (rechts) bekannt. Es ist Wilhelm Arndt (geb. 1894, gest. 1955) aus dem Steinweg - in Mörfelden auch „Bub“ genannt - der Besitzer des Pferdefuhrwerks. Er hatte auch einen schweren Lanz-Bulldog und eine Dreschmaschine.



KuBa



Vom 1.7.2019 bis zum 31.7.2019 ist der Kulturbahnhof geschlossen.

Cocktailabend. Thema: Caipirinha
Freitag, 2. August - 20 Uhr - Eintritt frei

Sonntagscafé
Sonntag, 4. August - 15 bis 18 Uhr - Eintritt frei

Spieleabend
Dienstag, 6. August - 20 Uhr - Eintritt frei

Irish Folk Session
Mittwoch, 7. August - 19:30 Uhr - Eintritt frei

blickpunkt

50

Am 10. November feiern wir „50 Jahre blickpunkt“.

Wer will, kann uns für die Oktober-Ausgabe einen Gruß schreiben. ... und wer will, kann auch mitarbeiten an der „kleinen Zeitung mit der großen Wirkung“! Wir freuen uns über einen kurzen Text.

Unser Lexikon

Schbrisch

Was merr ned
im Kobb hodd,
hodd merr
in de Fiess.